

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1994

Ausgegeben am 31. August 1994

221. Stück

- 706.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten
- 707.** Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zu dem in Istanbul unterzeichneten Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten
- 708.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen
- 709.** Kundmachung: Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung
- 710.** Vereinbarung über die Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Katar
- 711.** 7. Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen betreffend die Durchführung des in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft für die Jahre 1994 bis 1996

706. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten

Nach Mitteilung des Schweizerischen Bundesrates hat Spanien am 14. Juni 1994 seine Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten (BGBl. Nr. 277/1965, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 185/1981) hinterlegt.

Vranitzky

707. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zu dem am 4. September 1958 in Istanbul unterzeichneten Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten

Nach Mitteilung des Schweizerischen Bundesrates hat Spanien am 14. Juni 1994 seine Beitrittsurkunde zum Zusatzprotokoll zu dem am 4. September 1958 in Istanbul unterzeichneten

Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten (BGBl. Nr. 491/1991) hinterlegt.

Vranitzky

708. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen

Nach Mitteilung des Schweizerischen Bundesrates hat die Schweiz am 19. Juli 1994 die anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen (BGBl. Nr. 417/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 337/1990) abgegebene Erklärung *) durch die nachstehende Erklärung ersetzt:

„Die für die Ausstellung der Ehefähigkeitszeugnisse zuständigen schweizerischen Behörden sind:

- a) wenn beide Brautleute ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, wahlweise der Standesbeamte des Wohnsitzes der Braut oder des Bräutigams;

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 337/1990

- b) wenn entweder der Bräutigam oder die Braut seinen/ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, der Standesbeamte des schweizerischen Wohnsitzes des Bräutigams bzw. der Braut;
- c) wenn keiner der Brautleute seinen Wohnsitz in der Schweiz hat, der Standesbeamte des Heimatortes des Bräutigams/der schweizerischen Braut; wenn beide Brautleute Schweizer sind, wahlweise der Standesbeamte des Heimatortes der Braut oder des Bräutigams.“

Vranitzky

709. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten bzw. Organisationen ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. Nr. 229/1993, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 172/1994) hinterlegt:

Staaten bzw. Organisationen	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Dänemark (ohne Grönland und Färöer-Inseln)	6. Februar 1994
Irland	7. Februar 1994
Italien	7. Februar 1994
Korea, Republik	28. Februar 1994
Luxemburg	7. Februar 1994
Malawi	21. April 1994
Portugal	26. Jänner 1994
Spanien	7. Februar 1994
Südafrika	5. Mai 1994
Trinidad und Tobago	18. Februar 1994
Türkei	22. Juni 1994
Vereinigtes Königreich (einschließlich Brit. Antarktis-Territorium)	7. Februar 1994
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	7. Februar 1994

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde haben folgende Staaten Erklärungen abgegeben:

ITALIEN

Erklärung:

Die Regierung Italiens erklärt ferner, daß sie die Errichtung eines weltweiten Kontrollsystems für

die umweltgerechte Behandlung der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle befürwortet.

Einwand:

Die Regierung Italiens, unter Ausdruck ihrer Einwände gegenüber den anlässlich der Unterzeichnung durch die Regierungen von Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Uruguay und Venezuela abgegebenen Erklärungen sowie anderer, in Hinkunft abzugebender und ähnlich lautender Erklärungen, ist der Auffassung, daß keine Bestimmung dieses Übereinkommens als Beschränkung von völkerrechtlich anerkannten Schiffsrechten ausgelegt werden darf. Dementsprechend ist eine Vertragspartei nicht verpflichtet, irgendeinem anderen Staat die einfache Durchfahrt durch das Küstenmeer oder die Ausübung der freien Seefahrt in der ausschließlichen Wirtschaftszone durch ein beflaggtes Seefahrzeug, welches gefährliche Abfälle geladen hat, zu notifizieren oder die Zustimmung hierfür einzuholen.

LUXEMBURG

Zuständige Behörde in Luxemburg für die Durchführung von Art. 5 des Übereinkommens ist die „Environmental Administration, Wastes Division.“

SPANIEN

Die spanische Regierung erklärt in Übereinstimmung mit Art. 26 Abs. 2 des Übereinkommens, daß die Bezeichnung des unerlaubten Verkehrs mit gefährlichen Abfällen oder anderen Abfällen als eine Straftat, wie sie unter Art. 4 Abs. 3 als eine Verpflichtung der Vertragsparteien begründet wurde, im allgemeinen Rahmen der spezifischen Strafrechtsreform durchgeführt werden wird.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland erklärt, daß die Bestimmungen des Übereinkommens im Sinne von Art. 4 Abs. 12 in keiner Weise die völkerrechtsgemäße Ausübung von Seefahrtsrechten beeinträchtigen. Dementsprechend bedarf nichts in diesem Übereinkommen der Notifizierung oder Zustimmung für den Transit gefährlicher Abfälle auf einem Schiff unter der Flagge einer Vertragspartei in völkerrechtskonformer Ausübung von Rechten der freien Durchfahrt durch das Küstenmeer oder der Ausübung der freien Seefahrt in der ausschließlichen Wirtschaftszone.

Vranitzky

710.**Vereinbarung über die Änderung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Katar**

(Übersetzung)

EMBASSY OF THE STATE OF QATAR
VIENNA
No.: 1/4/1-95

BOTSCHAFT DES STAATES KATAR
WIEN
No.: 1/4/1-95

9. 6. 1994

9. 6. 1994

Note Verbale

The Embassy of the State of Qatar in Vienna presents its compliments to the Federal Ministry of Foreign Affairs, and has the honour to confirm that the competent authorities in both countries have agreed on amending Article 3 paragraph 1 of the Air Services Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the State of Qatar signed in Vienna on May 6, 1991, so that Article 3 paragraph 1 reads as follows:

“Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party one airline or several airlines (hereinafter referred to as airline) for the purpose of operating the agreed services on the specified routes.”

The Federal Ministry of Foreign Affairs is kindly requested to confirm that the competent authorities agree to this amendment. The Federal Ministry's note of reply to this note as well as the Embassy's note will then constitute an agreement on the amendment of Article 3 paragraph 1 of the above mentioned Agreement in accordance with its Article 18, which will enter into force on the date of the reply note of the Federal Ministry of Foreign Affairs.

The Embassy of the State of Qatar avails itself of this opportunity to renew to the Federal Ministry of Foreign Affairs the assurances of its highest consideration.

L. S.

To the
Federal Ministry of Foreign Affairs
Ballhausplatz 2
A-1014 VIENNA

Verbalnote

Die Botschaft des Staates Katar in Wien entbietet dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten seine Empfehlungen und beehrt sich zu bestätigen, daß die zuständigen Behörden beider Staaten Übereinstimmung darin erzielt haben, Artikel 3 Absatz 1 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Katar *), unterzeichnet am 6. März 1991 in Wien, in der Weise abzuändern, daß Artikel 3 Absatz 1 folgendermaßen lautet:

„Jede Vertragspartei hat das Recht, der anderen Vertragspartei schriftlich ein Fluglinienunternehmen oder mehrere Fluglinienunternehmen (im folgenden als Fluglinienunternehmen bezeichnet) für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken namhaft zu machen.“

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wird höflich gebeten zu bestätigen, daß die zuständigen Behörden dieser Änderung zustimmen. Die Antwortnote des Bundesministeriums sowie die Note der Botschaft stellen dann eine Vereinbarung über die Abänderung von Artikel 3 des oben bezeichneten Luftverkehrsabkommens dar in Übereinstimmung mit seinem Artikel 18, die mit dem Datum der Antwortnote des Bundesministeriums in Kraft treten wird.

Die Botschaft des Staates Katar benützt auch diese Gelegenheit, dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

L. S.

An das
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Ballhausplatz 2
A-1014 WIEN

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 315/1991

(Übersetzung)

FEDERAL MINISTRY FOR
FOREIGN AFFAIRS
No. 168.53.3/4-III.7/94

BUNDESMINISTERIUM FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Zl. 168.53.3/4-III.7/94

Note Verbale

The Ministry for Foreign Affairs presents its compliments to the Embassy of the State of Qatar and with reference to the Embassy's note No. 1/4/1-95 dated 9 June 1994, has the honour to confirm that the Austrian authorities agree to the proposed amendment of Article 3 paragraph 1 of the Air Services Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the State of Qatar signed in Vienna March 6, 1991, so that Article 3 paragraph 1 reads as follows:

“Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party one airline or several airlines (hereinafter referred to as airline) for the purpose of operating the agreed services on the specified routes.”

The Embassy's note as well as the Federal Ministry's note in reply constitute an agreement for the amendment of Article 3 paragraph 1 of the above mentioned Agreement in accordance with its Article 18, which will enter into force on the date of this note.

The Ministry for Foreign Affairs avails itself of this opportunity to renew to the Embassy of the State of Qatar the assurances of its highest consideration.

Vienna, 22. July 1994

L. S.

Embassy of the State
of Qatar
Vienna

Verbalnote

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten entbietet der Botschaft des Staates Katar seine Empfehlungen und beehrt sich mit Bezug auf die Note der Botschaft No. 1/4/1-95 vom 9. Juni 1994 zu bestätigen, daß die österreichischen Behörden der vorgeschlagenen Abänderung von Artikel 3 Absatz 1 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung des Staates Katar, das am 6. März 1991 in Wien unterzeichnet wurde, zustimmen, so daß Artikel 3 Absatz 1 folgendermaßen lautet:

„Jede Vertragspartei hat das Recht, der anderen Vertragspartei schriftlich ein Fluglinienunternehmen oder mehrere Fluglinienunternehmen (im folgenden als Fluglinienunternehmen bezeichnet) für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken namhaft zu machen.“

Die Note der Botschaft sowie die Antwortnote des Bundesministeriums stellen eine Vereinbarung über die Abänderung von Artikel 3 des oben bezeichneten Luftverkehrsabkommens dar in Übereinstimmung mit seinem Artikel 18, die mit dem Datum dieser Note in Kraft tritt.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten benützt auch diese Gelegenheit, der Botschaft des Staates Katar die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Wien, am 22. Juli 1994

L. S.

Botschaft des Staates
Katar
Wien

Vranitzky

711.**7. ÜBEREINKOMMEN**

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen betreffend die Durchführung des am 14. Juni 1972 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft für die Jahre 1994 bis 1996

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen,

im Bestreben, die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit zu festigen und ihre weitere Entwicklung auf der Grundlage der Bemühungen der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und der Schlußdokumente des Madrider Treffens und des Wiener Treffens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu gewährleisten sowie in Anlehnung an das Dokument des Krakauer Symposiums über das Kulturerbe der KSZE-Teilnehmerstaaten,

in der Absicht, im Rahmen des Central European Exchange Programme for University Studies (CEEPUS) in Zukunft im Bereich der Universitätsstudien auf multilateraler Ebene noch enger zusammenzuarbeiten,

im Bewußtsein der großen Bedeutung des gegenseitigen Kennenlernens der Leistungen des anderen Landes auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft für das bessere Verständnis der Menschen beider Länder begrüßen die guten Kontakte zwischen dem Österreichischen Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Ministerium für Kultur und Kunst sowie dem Ministerium für nationale Bildung in Polen, insbesondere die in der Vergangenheit erzielten Erfolge im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens, so die positive Entwicklung von Schulpartnerschaften und die intensive Tätigkeit der Österreichischen Seite auf dem Gebiet der Fort- und Weiterbildung polnischer Deutschlehrer,

begrüßen die enge Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem polnischen Ministerium für nationale Bildung bei der Bewältigung der sich aus der politischen Umstellung ergebenden Probleme im postsekundären Bildungswesen, wobei insbesondere die Gewährung von Sonderstipendien für Studenten und junge Akademiker sowohl während des Studienjahres, als auch zum Besuch von Summerschools begrüßt und die seit 1990 erfolgte Entsendung Österreichischer Lehrkräfte für die polnischen Fremdsprachenlehrerkollegien als besonders wirkungsvoll bezeichnet wird

und haben beschlossen, zur weiteren Durchführung des am 14. Juni 1972 in Wien unterzeichneten Abkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft *) dieses 7. Durchführungsprogramm in Form eines Übereinkommens abzuschließen, und folgendes vereinbart:

I. WISSENSCHAFT, HOCHSCHULWESEN UND FORSCHUNG**Artikel 1**

Beide Seiten unterstützen die Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Polnischen Akademie der Wissenschaften auf der Grundlage der zwischen diesen beiden Institutionen abgeschlossenen Vereinbarung.

Artikel 2

Beide Seiten unterstützen die direkte Zusammenarbeit von Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitutionen, insbesondere auf dem Gebiet der Forschung, den Austausch von Publikationen und Informationen sowie die Einladung von Universitätsprofessoren und sonstigen Wissenschaftlern zu Gastvorlesungen und wissenschaftlichen Tagungen.

Artikel 3

Beide Seiten befürworten die Abhaltung von Treffen polnischer Hochschulrektoren mit der Österreichischen Rektorenkonferenz abwechselnd in dem einen und dem anderen Vertragsstaat, um die Möglichkeit für die Erweiterung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu diskutieren.

Artikel 4

Beide Seiten unterstützen die Abhaltung gemeinsamer wissenschaftlicher Seminare über ausgewählte Themen aus verschiedenen Fachbereichen abwechselnd in beiden Vertragsstaaten.

Artikel 5

Beide Seiten laden jährlich Universitätsprofessoren oder -dozenten zur Abhaltung von Vorträgen und Lehrveranstaltungen für die Dauer von insgesamt je 40 Personentagen ein. Die Einladungen werden auf diplomatischem Wege übermittelt.

Artikel 6

Beide Seiten bekräftigen ihr Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Institut für Internationale Politik in Laxenburg und

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 434/1973

dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, Sektion für Strategische Studien — Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau sowie an einer Bereicherung dieser Zusammenarbeit um gemeinsam durchzuführende Initiativen und Forschungsprojekte.

Artikel 7

Beide Seiten unterstützen die Zusammenarbeit der entsprechenden Universitätsinstitute im Bereich der Germanistik und Polonistik. Beide Seiten gewähren Studierenden und graduierten Akademikern des anderen Vertragsstaates jährlich 15 Stipendien zu je einem Monat zur Teilnahme an Sommersprachkursen sowie zur Durchführung von Forschungen in Archiven, Bibliotheken und sonstigen Forschungsinstitutionen. Die Stipendiaten sollen zum Zeitpunkt des Antrittes des Stipendiums das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Artikel 8

Beide Seiten tauschen während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens zum Zweck der Verbreitung der Kenntnis von Sprache und Literatur des anderen Vertragsstaates je drei (3) entsprechend qualifizierte Universitätslehrkräfte (Lektoren) aus.

Beide Seiten erklären sich bereit, alle Anträge der anderen Seite auf Anstellung zusätzlicher Lektoren wohlwollend zu prüfen.

Artikel 9

Jede Seite gewährt Studierenden und graduierten Akademikern der anderen Seite jährlich Stipendien im Gesamtausmaß von 63 Monaten für eine Mindestdauer von drei Monaten zum Studium und zur Durchführung von Forschungsarbeiten an Universitäten und Kunsthochschulen. Die Stipendiaten sollen zum Zeitpunkt des Antrittes des Stipendiums das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Artikel 10

Beide Seiten werden gemeinsame Sommerkollegs zur Intensivierung der Polnisch- bzw. Deutschkenntnisse der Studenten ab 1994 in Polen veranstalten. Die Österreichische Seite wird die Aufenthaltskosten für die polnischen Studenten, für die Lehrkräfte und die organisatorische Betreuung übernehmen.

Artikel 11

Jede Seite gewährt zur Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit für Forschungsarbeiten an gemeinsamen Projekten, zur Bildung und Weiterbildung von wissenschaftlichen

Nachwachskräften und zur Durchführung von Spezialpraktika über Vorschlag der jeweils anderen Seite jährlich 30 Stipendienmonate. Alle diese Stipendienmonate können über Vorschlag einer Seite in Aufenthaltstage — nach dem Verhältnis: ein Stipendienmonat entspricht zehn Aufenthaltstagen — umgewandelt werden.

Artikel 12

Beide Seiten tauschen während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens Stipendien für graduierte Akademiker und wissenschaftliche Lehrkräfte auf dem Gebiet der Medizin für die Dauer von insgesamt je sieben Monaten aus, um ihnen Forschungen an medizinischen Fakultäten und sonstigen medizinischen Forschungsinstitutionen zu ermöglichen. Die Mindestdauer soll in jedem Einzelfall einen Monat betragen.

Artikel 13

Beide Seiten übermitteln einander auf Anfrage Informations- und Dokumentationsmaterial über das Hochschulstudium und die damit zusammenhängenden Zulassungsbedingungen.

Artikel 14

Beide Seiten begrüßen den Notenaustausch über die Befreiung der in Österreich studierenden polnischen Staatsbürger und der in Polen studierenden Österreichischen Staatsbürger von den Hochschulstudiengebühren.

Artikel 15

Beide Seiten werden die Expertengespräche mit dem Ziel fortsetzen, ein Abkommen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich abzuschließen.

Artikel 16

Angesichts der wachsenden Dimension der wissenschaftlichen und technischen Forschung haben beide Seiten dem Wunsch nach einer verstärkten und besser strukturierten Kooperation Ausdruck gegeben. Beide Seiten werden daher Maßnahmen setzen, die der Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer wissenschaftlichen Institutionen und Forschungseinrichtungen dienen. Beide Seiten sind übereingekommen, eine Arbeitsgruppe für die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit einzusetzen. Die Arbeitsgruppe wird ihre Geschäftsordnung selbst festlegen. Mit der Koordinierung und Durchführung ist auf Österreichischer Seite das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und auf polnischer Seite das Komitee für Wissenschaftliche Forschung betraut.

II. SCHULISCHES UND AUSSERSCHULISCHES BILDUNGSWESEN

Artikel 17

Sollte die polnische Seite an Österreich mit dem Wunsch herantreten, Österreichische Lehrkräfte an polnische Schulen ab Mittelschulniveau zu entsenden, wird die Österreichische Seite diesen Wunsch prüfen.

Artikel 18

Beide Seiten setzen die Arbeit zur Bewertung des Inhalts von Schulbüchern für Geschichte und Geographie systematisch fort. Es werden nach Möglichkeit jährlich, abwechselnd in beiden Vertragsstaaten, Sitzungen der Gemeinsamen Expertenkommission zur Verbesserung des Inhalts von Schulbüchern (Delegationen von jeweils fünf Experten für fünf Tage) abgehalten.

Beide Seiten sprechen sich für eine Verwirklichung der in den Protokollen von Expertentreffen enthaltenen Empfehlungen aus.

Artikel 19

Beide Seiten tauschen während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens Pädagogen und Experten für die Gesamtdauer von je 60 Personentagen aus, um sich mit den Fragen des Bildungswesens vertraut zu machen.

Zusätzlich werden, wie bereits im Zeitraum 1990 bis 1993 praktiziert, auch in den nächsten Jahren Bildungskoooperationsmaßnahmen zwischen Österreich und Polen aus den Mitteln des Ostbudgets des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst realisiert (Lehreraus- und -weiterbildung, Fremdsprachendidaktik, Multiplikatorenschulung).

Artikel 20

Beide Seiten begrüßen die Einsetzung eines Österreichischen Beauftragten für Bildungskooperation an einem polnischen Wojewodschaftsinstitut für Methodik zur Fort- und Weiterbildung polnischer Deutschlehrer und zur Verbreitung von Wissen über Österreichische Landeskunde.

Artikel 21

Beide Seiten begrüßen den Vorschlag, daß in Hinkunft verstärkt Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer an berufsbildenden Schulen in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Instituten durchgeführt werden sollen. Es besteht die Möglichkeit, polnische Lehrkräfte im Rahmen der Österreichischen Lehrerfortbildung als Gäste zu Seminaren einzuladen, als auch die Bereitschaft, im Bedarfsfall Seminare ausschließlich für polnische Lehrkräfte an den Österreichischen Pädagogischen Instituten zu organisieren.

Artikel 22

Beide Seiten befürworten die Fortsetzung des Austausches von Schüler- und Jugendgruppen sowie die Weiterentwicklung von Ferienpraktika. Beide Seiten befürworten die Teilnahme künstlerischer Kinder- und Jugendensembles an Veranstaltungen, die von der anderen Seite organisiert werden.

Artikel 23

Beide Seiten ermutigen zur Zusammenarbeit und zum Austausch von Experten, Sprachlehrkräften, Vortragenden und Organisatoren von Einrichtungen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und außerschulischen Erziehung, insbesondere zwischen dem Verband der Österreichischen Volkshochschulen und der Polnischen Gesellschaft für Allgemeinbildung.

Beide Seiten ermutigen den Verband der Österreichischen Volkshochschulen und die Polnische Gesellschaft für Allgemeinbildung zur gemeinsamen Organisation von wissenschaftlichen und methodischen Konferenzen im Bereich des Fremdsprachenunterrichts, der Berufsausbildung für Erwachsene und verschiedener Formen der Erwachsenenbildung.

III. KULTUR UND KUNST

Artikel 24

Beide Seiten ermutigen ihre zuständigen Institutionen, Werke von Autoren und Komponisten des anderen Vertragsstaates in deren Spielpläne aufzunehmen.

Artikel 25

Beide Seiten ermutigen die direkte Zusammenarbeit zwischen Österreichischen und polnischen Theatern.

Die polnische Seite begrüßt die Teilnahme Österreichischer Theatergruppen am Internationalen Theaterfestival „Kontakt“ in Torun und am Warschauer Theatertreffen.

Artikel 26

Beide Seiten begrüßen die Teilnahme von Künstlern und Kritikern des eigenen Vertragsstaates an Festspielen von internationaler Bedeutung und internationalen Musikwettbewerben im anderen Vertragsstaat.

Die polnische Seite ist besonders daran interessiert, auf Kosten der Organisatoren je eine Person als Beobachter zu folgenden Festspielen zu entsenden: Wiener Festwochen, Bregenzer Festspiele, Carinthischer Sommer.

Die polnische Seite wird auf ihre Kosten je einen Beobachter einladen: zum Internationalen Festival Zeitgenössischer Musik „Warschauer Herbst“, zum Internationalen Festival der Oratorien- und Kantatenmusik „Wratistavia Cantans“, zum Internationalen Klavierwettbewerb „Frederic Chopin“ in Warschau (1995), zum II. Internationalen Gesangswettbewerb „St. Moniuszko“ in Warschau (1995) und zum Internationalen Dirigentenwettbewerb „G. Fittlerberg“ in Kattowitz (1995).

Die Aufenthaltskosten von Kritikern und Experten für eine Gesamtdauer von 30 Personentagen jährlich werden jeweils von der empfangenden Seite getragen.

Artikel 27

Beide Seiten ermutigen zu einem auf kommerzieller Basis durchzuführenden Austausch von Solisten und künstlerischen Ensembles. Dieser Austausch kann sowohl durch die entsprechenden Künstleragenturen als auch auf Grund direkter Kontakte zustande kommen.

Insbesondere werden beide Seiten bestrebt sein, die Teilnahme ihrer Solisten und Ensembles an den bedeutendsten Festivals, die von der anderen Seite veranstaltet werden, wie Wratistavia Cantans, Balletreffen in Lodz, Warschauer Herbst, Wiener Festwochen, Salzburger Festspiele und Steirischer Herbst zu ermöglichen.

Artikel 28

Beide Seiten begrüßen die Zusammenarbeit im Bereich der Volkskunst und des Kunsthandwerks durch den Austausch von Ausstellungen, Publikationen und den Erfahrungsaustausch von Kunstschaffenden und Fachleuten sowie durch die Teilnahme von Folkloreensembles an Festspielen und Veranstaltungen im jeweils anderen Vertragsstaat.

Artikel 29

Beide Seiten unterstützen die enge und direkte Zusammenarbeit der Chopin-Gesellschaften in Wien und Warschau, insbesondere beim regelmäßigen Austausch von Vertretern der beiden Gesellschaften zu Konzerten, Vorträgen und Ausstellungen. Die Austauschaktionen erfolgen auf Kosten der Gesellschaften.

Artikel 30

Beide Seiten unterstützen die direkte Zusammenarbeit von Museen und Galerien sowie den Austausch von Informationsmaterialien, Katalogen und Ausstellungen zwischen den Museen und Galerien beider Vertragsstaaten.

Die polnische Seite bekundet ihr Interesse, eine repräsentative Ausstellung zeitgenössischer polnischer Kunst im Museum für Moderne Kunst in Wien zu präsentieren. Die Österreichische Seite wird diesen Vorschlag prüfen.

Das Nationalmuseum Warschau bekundet sein Interesse an einer Ausstellung von Zeichnungen Witkacys in der Graphischen Sammlung Albertina. Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit könnte es eine von der Graphischen Sammlung Albertina vorgeschlagene Ausstellung übernehmen.

Beide Seiten begrüßen die Zusammenarbeit des Muzeum Etnograficzne in Krakau und des Ethnographischen Museums Schloß Kittsee mit dem Ziel einer gemeinsamen volkskundlichen Ausstellung über Südpolen in Kittsee.

Die Österreichische Seite bekundet ihr Interesse an der Durchführung einer Ausstellung Österreichischer zeitgenössischer Kunst in Polen. Die polnische Seite wird diesen Vorschlag prüfen.

Artikel 31

Beide Seiten ermutigen die Teilnahme von Laienensembles an Festspielen und Veranstaltungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit.

Artikel 32

Beide Seiten gewähren einander für den Austausch von Experten auf dem Gebiet des Museumswesens jeweils 15 Personentage während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens.

Artikel 33

Beide Seiten ermutigen die bildenden Künstler des eigenen Vertragsstaates zur Teilnahme an internationalen Veranstaltungen im anderen Vertragsstaat.

Artikel 34

Beide Seiten unterstützen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der wissenschaftlichen Denkmalpflege, der Restaurierung von Kunstwerken und der archäologischen Ausgrabungen.

Sie tauschen während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens Experten dieses Bereiches bis zu einer Gesamtdauer von je 30 Personentagen aus.

Artikel 35

Beide Seiten befürworten die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen und Buchhändlern beider Vertragsstaaten im Bereich des Informationsaustausches, der Übermittlung von wertvollen literarischen Werken, der Empfehlung der entsprechenden Werke zur Übersetzung, der Herausgabe von literarischen Anthologien sowie die Teilnahme an internationalen Buchmessen und Buchausstellungen.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wird vereinbart:

Beide Seiten werden während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens auf Grundlage von Entsendung und Einladung je einen literarischen Übersetzer der Österreichischen und der polnischen Literatur für die Dauer von je einem Monat austauschen. Die polnische Seite erklärt sich bereit, auf Ansuchen der Österreichischen Seite, zusätzlich einen weiteren Österreichischen Übersetzer polnischer Literatur für die Dauer eines Monats zu empfangen, zu prüfen.

Artikel 36

Beide Seiten unterstützen die direkte Zusammenarbeit sowie den Austausch von Publikationen und Informationen zwischen der Österreichischen Nationalbibliothek und der Nationalbibliothek Warschau sowie zwischen anderen entsprechenden Bibliotheken beider Vertragsstaaten.

Beide Seiten sind an der Aufnahme einer Zusammenarbeit zwischen der Vereinigung Österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare und der Vereinigung Polnischer Bibliothekare interessiert.

Beide Seiten tauschen während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens BibliothekarInnen für die Dauer von insgesamt je 20 Personentagen aus.

Artikel 37

Beide Seiten unterstützen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films und sehen insbesondere vor:

- a) die Teilnahme mit eigenen Filmen an internationalen Filmfestwochen, die im anderen Vertragsstaat veranstaltet werden;
- b) die Unterstützung direkter Kontakte zwischen Filmschaffenden, Filmgesellschaften und einschlägigen Institutionen beider Vertragsstaaten im Bereich des Filmwesens;
- c) die Prüfung der Möglichkeit der Zusammenarbeit bei der Filmproduktion auf dem Gebiet des Dokumentarfilms sowie der Kooperation im Rahmen des Europäischen Koproduktionsfonds „Eurimages“;
- d) die Durchführung Österreichischer bzw. polnischer Filmtage im jeweils anderen Vertragsstaat;
- e) die Ermutigung zur Durchführung von bilateralen Filmproduktionen auf der Basis des „Europäischen Übereinkommens des Europarates über Filmkoproduktion“ nach dessen Ratifizierung durch den jeweiligen Vertragsstaat.

Artikel 38

Beide Seiten unterstützen den Erfahrungsaustausch über die Tätigkeit von Kulturhäusern und Kulturzentren im Bereich der künstlerischen Erziehung und der kulturellen Animation.

Beide Seiten tauschen zu diesem Zweck während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens zwei Experten für einen Zeitraum von insgesamt 14 Personentagen aus.

Artikel 39

Beide Seiten begrüßen direkte Kontakte zwischen Komponisten, Schriftstellern und bildenden Künstlern beider Vertragsstaaten.

Beide Seiten unterstützen die direkte Zusammenarbeit und den Austausch von Kunstschaffenden auf Grundlage der zwischen den einschlägigen Verbänden abgeschlossenen Vereinbarungen.

Artikel 40

Beide Seiten tauschen auf Grundlage von Entsendungen und Einladungen Experten des Kulturlebens zum Studium von Fragen des kulturellen Lebens im anderen Vertragsstaat aus.

Die Gesamtdauer der Aufenthalte in jedem Vertragsstaat beträgt bis zu 45 Personentagen.

Artikel 41

Beide Seiten bekunden ihr Interesse an einer Entwicklung und Vertiefung der in diesem Übereinkommen vereinbarten Aktivitäten auf kulturellem Gebiet durch eine Zusammenarbeit der Österreichischen Bundesländer mit den polnischen Wojewodschaften und mit regionalen Kulturorganisationen.

Artikel 42

Beide Seiten befürworten eine Zusammenarbeit im Bereich des Kulturgüterschutzes.

Artikel 43

Beide Seiten werden innerhalb ihrer Möglichkeiten Initiativen und kulturelle Projekte der Zentraleuropäischen Initiative (C.E.I.) unterstützen.

IV. KULTURINSTITUTE

Artikel 44

In Anbetracht dessen, daß dem Österreichischen Kulturinstitut in Warschau und dem Polnischen Institut in Wien in der Österreichisch-polnischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und

Wissenschaft besondere Bedeutung zukommt, werden beide Seiten beiden Instituten weiterhin die für ihre Tätigkeit nötige Unterstützung gewähren.

V. MASSEN MEDIEN

Artikel 45

Beide Seiten begrüßen direkte Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen und einschlägigen Institutionen des Pressewesens.

Artikel 46

Beide Seiten unterstützen die weitere Entwicklung der direkten Zusammenarbeit zwischen den Radio- und Fernsehanstalten beider Vertragsstaaten.

Artikel 47

Beide Seiten begrüßen die direkte Zusammenarbeit zwischen der Berufsvereinigung Österreichischer Journalisten und entsprechenden Verbänden der Journalisten in der Republik Polen.

VI. WEITERE BEREICHE DER ZUSAMMENARBEIT

Artikel 48

Beide Seiten ermutigen zur direkten Zusammenarbeit auf den Gebieten des Archivwesens, insbesondere dem Österreichischen Staatsarchiv und der Hauptdirektion der Staatlichen Archive der Republik Polen, besonders im Hinblick auf den Austausch von Experten, Informationen über Forschungsmethoden, von Fachliteratur und Mikrofilmen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Artikel 49

Beide Seiten ermutigen zu direkten Kontakten zwischen Architekten beider Vertragsstaaten. Sie begrüßen die direkte Zusammenarbeit zwischen Österreichischen Architektenorganisationen und dem Verband Polnischer Architekten (SARP).

Die Entsendung von Architekten erfolgt auf der Grundlage direkter Vereinbarungen zwischen den genannten Verbänden.

Artikel 50

Beide Seiten unterstützen die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sportes.

Artikel 51

Beide Seiten begrüßen, in der Überzeugung, daß die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Vertragsstaaten in Zukunft von der gegenseitigen

Verständigung und der aktiven Teilnahme der jungen Generation abhängen wird, den Jugendaustausch zwischen beiden Vertragsstaaten.

VII. ALLGEMEINE UND FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Artikel 52

Beide Seiten ermöglichen die Realisierung der aus dem Inhalt dieses Übereinkommens hervorgehenden Einladungen.

Solche Kontakte und Einladungen von Wissenschaftlern, Persönlichkeiten des Kulturlebens, Künstlern und Fachleuten zu Kongressen, Festspielen oder anderen Veranstaltungen mit internationaler Teilnahme werden nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten unterstützt.

Artikel 53

Beide Seiten geben Namen, Ausbildung, Funktion und Fremdsprachenkenntnisse der Austauschpersonen sowie deren Besuchswünsche mindestens drei Monate vor Antritt der Reise und die Daten ihrer Ankunft mindestens zehn Tage vorher auf diplomatischem Wege bekannt.

Artikel 54

Die entsendende Seite gibt spätestens drei Monate vor Antritt des Stipendiums den Namen des Stipendienwerbers, seine Schulbildung, seine allfällige berufliche Funktion, sein Fachgebiet, seine Studien- und/oder Forschungsvorhaben und seine Fremdsprachenkenntnisse auf diplomatischem Wege bekannt.

Artikel 55

Der in diesem Übereinkommen vorgesehene Austausch von Personen erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:

- a) Die entsendende Seite kommt für die Kosten der Hin- und Rückreise zum und vom ersten Bestimmungsort auf;
- b) Die empfangende Seite trägt die Aufenthaltskosten, die zur Durchführung des Besuchsprogramms notwendigen Reisekosten im Inland und gewährt kostenlose medizinische Versorgung (ausgenommen die Anfertigung von Zahnersatz und die Behandlung chronischer Erkrankungen).

Artikel 56

Beide Seiten erklären ihre Übereinstimmung bezüglich einer jeweils zeitgemäßen Aktualisierung der Stipendiensätze sowie anderer finanzieller Leistungen.

Die finanziellen und organisatorischen Bedingungen für den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Austausch von Personen richten sich nach den jeweils geltenden innerstaatlichen Vorschriften.

Beide Seiten stimmen darin überein, Änderungen der finanziellen Bedingungen der anderen Seite raschestmöglich auf diplomatischem Wege bekanntzugeben.

Artikel 57

Beide Seiten gewähren den Lektoren gemäß Artikel 8 ein monatliches Gehalt und allfällige Zuschüsse und Begünstigungen nach den geltenden Bestimmungen.

Artikel 58

Die Bedingungen für den Ausstellungsaustausch gemäß Artikel 30 werden jeweils auf diplomatischem Wege festgelegt.

Artikel 59

Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem das Übereinkommen unterzeichnet wurde, und bleibt bis zum 31. Dezember 1996 in Kraft.

Sofern dieses Übereinkommen nicht 60 Tage vor Ablauf seiner Geltung schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird, gilt es darüber hinaus bis zum Inkrafttreten eines künftigen Übereinkommens, aber nicht länger als bis zum 31. Dezember 1999.

Artikel 60

Dieses Übereinkommen tritt ohne Kündigung mit dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft vom 14. Juni 1972 außer Kraft.

Artikel 61

Mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt das Übereinkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und Wissenschaft, das am 6. November 1989 in Wien unterzeichnet wurde, außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien, am 13. Juli 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Marboe m. p.

Für die Regierung der Republik Polen:

Bartoszewski m. p.

VII POROZUMIENIE WYKONAWCZE

między Austriackim Rządem Federalnym i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o realizacji w latach 1994—96 Umowy między Republiką Austrii i Polską Rzeczpospolitą Ludową o współpracy kulturalnej i naukowej podpisanej w Wiedniu 14 czerwca 1972 roku

Austriacki Rząd Federalny i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,

dążąc do utrwalenia wyników dotychczasowej współpracy i zagwarantowania jej dalszego rozwoju w oparciu o cele postanowień Aktu Końcowego z Helsinek, dokumentów końcowych z Madrytu i z Wiednia w ramach Konferencji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie oraz w oparciu o Dokument Krakowskiego Sympozjum o dziedzictwie kulturalnym państw-członków KBWE,

zmierzając do jeszcze ściślejszej współpracy w ramach Central European Exchange Programme for University Studies (CEEPUS), a w przyszłości w dziedzinie studiów uniwersyteckich na szczeblu wielostronnym,

świadome wielkiego znaczenia wzajemnego poznania dokonań drugiego kraju w dziedzinach kultury i nauki dla lepszego zrozumienia się ludzi obu krajów,

Wyrażają zadowolenie z dobrych kontaktów między austriackim Ministerstwem Oświaty i Sztuki i Ministerstwem Kultury i Sztuki oraz Ministerstwem Edukacji Narodowej w Polsce, zwłaszcza z sukcesów osiągniętych w dziedzinie szkolnictwa ogólnokształcącego — pozytywnego rozwoju partnerstwa między szkołami oraz z intensywnej działalności Strony austriackiej w dziedzinie doskonalenia polskich nauczycieli języka niemieckiego,

pochwalają ścisłą współpracę między austriackim Federalnym Ministerstwem Nauki i Badań i polskim Ministerstwem Edukacji Narodowej przy przewyżnianiu wynikających z przemian politycznych problemów szkolnictwa wyższego, przy czym szczególnie pochwała się przyznanie dodatkowych stypendiów dla studentów, absolwentów szkół wyższych i młodych pracowników nauki, tak podczas roku akademickiego jak również w celu pobytu w szkołach letnich, a

delegowanie od 1990 roku austriackich lektorów do polskich Nauczycielskich Kolegiów Języków Obcych określa się jako szczególnie skuteczne,

postanowiły w celu dalszej realizacji podpisanej 14 czerwca 1972 roku w Wiedniu Umowy o współpracy kulturalnej i naukowej podpisać VII Program wykonawczy w formie Porozumienia,

oraz uzgodniły co następuje:

I. NAUKA, SZKOLNICTWO WYŻSZE I BADANIA NAUKOWE

Artykuł 1

Obie Strony popierać będą współpracę między Austriacką Akademią Nauk i Polską Akademią Nauk, opartą na porozumieniu zawartym przez te instytucje.

Artykuł 2

Obie Strony popierać będą bezpośrednią współpracę między uniwersytetami, szkołami wyższymi i instytucjami badawczymi, zwłaszcza w dziedzinie badań, wymiany publikacji i informacji oraz zapraszanie profesorów uniwersyteckich i innych naukowców na wykłady gościnne oraz konferencje naukowe.

Artykuł 3

Obie Strony opowiadają się za przeprowadzaniem spotkań polskich rektorów szkół wyższych z Austriacką Konferencją Rektorów, na przemian w jednym lub w drugim kraju, celem przedyskutowania możliwości rozszerzenia współpracy naukowej.

Artykuł 4

Obie Strony popierać będą organizowanie wspólnych seminariów naukowych na wybrane tematy z różnych dziedzin, na przemian w obu krajach.

Artykuł 5

Obie Strony będą zapraszać profesorów lub docentów uniwersyteckich w celu wygłoszenia wykładów i nauczania na okres 40 dni rocznie. Zaproszenia będą przekazywane drogą dyplomatyczną.

Artykuł 6

Obie Strony potwierdzają swoje zainteresowanie współpracą między Austriackim Instytutem d/s Polityki Międzynarodowej w Laxenburgu i Ministerstwem Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej — Departamentem Badań Strategicznych — Polski Instytut Spraw Międzynarodowych w Warszawie oraz wzbogacaniem tej współpracy o wspólne inicjatywy i projekty badawcze.

Artykuł 7

Obie Strony popierają współpracę odpowiednich instytutów uniwersyteckich w dziedzinach polonistyki i germanistyki.

Obie Strony przyznają studentom i absolwentom szkół wyższych drugiego Państwa 15 stypendiów miesięcznych rocznie na uczestnictwo w letnich kursach językowych oraz w celu przeprowadzenia badań w archiwach, bibliotekach i innych instytucjach badawczych.

W momencie rozpoczęcia stypendium stypendyści nie powinni przekroczyć 35 roku życia.

Artykuł 8

W celu rozszerzenia wiadomości o języku i literaturze drugiego Państwa, Strony wymienia w czasie obowiązywania niniejszego Porozumienia po trzech (3) odpowiednio wykwalifikowanych nauczycieli uniwersyteckich (lektorów).

Obie Strony wyrażają gotowość do życzliwego zbadania wszystkich wniosków drugiej Strony o zatrudnienie dodatkowych lektorów.

Artykuł 9

Każda ze Stron przyzna studentom i absolwentom szkół wyższych drugiego Państwa stypendia w łącznym wymiarze 63 miesięcy rocznie, na okres najmniej trzech miesięcy w celu przeprowadzenia studiów i prac badawczych na uniwersytetach i w wyższych szkołach artystycznych.

W momencie rozpoczęcia stypendium stypendyści nie powinni przekroczyć 35 roku życia.

Artykuł 10

Obie Strony organizować będą w Polsce od roku 1994 wspólne szkoły letnie dla studentów w celu doskonalenia znajomości języka polskiego bądź niemieckiego.

Strona austriacka pokryje koszty pobytu polskich studentów, nauczycieli i opieki organizacyjnej.

Artykuł 11

W celu intensyfikacji współpracy naukowej w zakresie prac badawczych nad wspólnymi projektami, kształcenia i doskonalenia młodej kadry naukowej i w celu przeprowadzenia specjalistycznych praktyk każda Strona przyzna na wniosek drugiej Strony rocznie 30 miesięcy stypendialnych.

Wszystkie te miesiące stypendialne, mogą na wniosek drugiej Strony zostać zamienione na dni pobytu — według stosunku: jeden miesiąc stypendialny odpowiada 10 dniom pobytu.

Artykuł 12

W okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia obie Strony wymienią stypendia dla absolwentów i pracowników naukowych z dziedziny medycyny na łączny okres siedmiu miesięcy, w celu umożliwienia im badań w uczelniach medycznych i medycznych instytutach badawczych. Okres pobytu w poszczególnych przypadkach winien wynosić nie więcej niż jeden miesiąc.

Artykuł 13

Obie Strony będą przekazywać sobie materiały informacyjne i dokumentacyjne o studiach w szkołach wyższych oraz warunkach przyjmowania na te studia.

Artykuł 14

Obie Strony witają z zadowoleniem wymianę not o zwolnieniu obywateli polskich studiujących w Austrii i obywateli austriackich studiujących w Polsce z opłat czesnych w szkołach wyższych.

Artykuł 15

Obie Strony będą kontynuować rozpoczęte przez ekspertów prace zmierzające do podpisania umowy o równoważności w dziedzinie szkolnictwa wyższego.

Artykuł 16

Wobec rosnącego zakresu badań naukowych i technicznych Obie Strony wyrażają chęć intensywniejszej i lepiej zorganizowanej współpracy.

Obie Strony podejmą działania służące pogłębieniu współpracy między swoimi instytucjami naukowymi i placówkami badawczymi.

Obie Strony zgodne są co do powołania Grupy Roboczej d/s Współpracy Naukowej i Technicznej.

Grupa opracuje Regulamin swojego działania.

Koordinację i realizację powierza się ze Strony polskiej Komitetowi Badań Naukowych, a ze Strony austriackiej Federalnemu Ministerstwu Nauki i Badań.

II. OŚWIATA SZKOLNA I POZASZKOLNA**Artykuł 17**

Jeżeli Strona polska zwróci się do Strony austriackiej z prośbą o oddelegowanie austriackich nauczycieli do polskich szkół ponadpodstawowych, wówczas Strona austriacka rozważy to życzenie.

Artykuł 18

Obie Strony kontynuować będą systematyczną pracę nad oceną treści podręczników historii i geografii. W miarę możliwości organizowane będą raz w roku na zmianę w obu krajach posiedzenia Wspólnej Komisji Ekspertów ds. doskonalenia treści podręczników szkolnych (delegacje po pięciu ekspertów na 5 dni).

Obie Strony opowiadają się za realizacją zaleceń zawartych w protokołach ze spotkań ekspertów.

Artykuł 19

Obie Strony wymienią, w okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia pedagogów i ekspertów na łączny okres 60 dni dla każdej ze Stron, dla zapoznania się z problematyką oświatową.

Dodatkowo realizowane będą również w następnych latach — jak było to już praktykowane w okresie 1990—1993 wspólne oświatowe przedsięwzięcia między Austrią i Polską, ze środków budżetu wschodniego Federalnego Ministerstwa Oświaty i Sztuki (kształcenie i doskonalenie nauczycieli, nauczanie języków obcych, szkolenie multiplikatorów).

Artykuł 20

Obie Strony wyrażają zadowolenie z zatrudnienia austriackiego doradcy — konsultanta, w jednym z Wojewódzkich Ośrodków Metodycznych celem dokształcania i doskonalenia polskich nauczycieli języka niemieckiego oraz w celu pogłębiania wiedzy o Austrii.

Artykuł 21

Obie Strony witają z zadowoleniem propozycję bardziej intensywnego dokształcania nauczycieli szkół zawodowych we współpracy z instytutami pedagogicznymi.

Istnieje możliwość zaproszenia polskich nauczycieli jako gości na seminaria w ramach austriackiego programu dokształcania nauczycieli, jak również gotowość zorganizowania w razie potrzeby seminariów w austriackich instytutach pedagogicznych wyłącznie dla polskich nauczycieli.

Artykuł 22

Obie Strony opowiadają się za kontynuacją wymiany grup uczniów i młodzieży oraz za rozwojem praktyk wakacyjnych.

Obie Strony opowiadają się za udziałem artystycznych zespołów dziecięcych i młodzieżowych w imprezach organizowanych przez drugą Stronę.

Artykuł 23

Obie Strony zachęcają do współpracy i do wymiany ekspertów, lektorów, wykładowców i organizatorów placówek oświaty dorosłych i wychowania pozaszkolnego, zwłaszcza między Stowarzyszeniem Austriackich Ludowych Szkół Wyższych i polskim Towarzystwem Wiedzy Powszechnej.

Obie Strony zachęcają Stowarzyszenie Austriackich Ludowych Szkół Wyższych i polskie Towarzystwo Wiedzy Powszechnej do wspólnego organizowania konferencji naukowych i metodycznych z dziedziny nauczania języków obcych, szkolenia zawodowego dorosłych i różnych form oświaty dla dorosłych.

III. KULTURA I SZTUKA**Artykuł 24**

Obie Strony będą zachęcać właściwe instytucje swych Państw do przyjęcia do ich repertuaru dzieł autorów i kompozytorów drugiego Państwa.

Artykuł 25

Obie Strony będą zachęcać austriackie i polskie teatry do bezpośredniej współpracy.

Strona polska opowiada się za uczestnictwem austriackich zespołów teatralnych w Międzynarodowym Festiwalu Teatralnym „KONTAKT” w Toruniu i w Warszawskich Spotkaniach Teatralnych.

Artykuł 26

Obie Strony opowiadają się za uczestnictwem artystów i krytyków w festiwalach o znaczeniu międzynarodowym oraz międzynarodowych konkursach muzycznych organizowanych w kraju partnera.

Strona polska zainteresowana jest szczególnie delegowaniem na koszt organizatorów po jednym obserwatorem na następujące festiwale: Wiener Festwochen, Bregenzer Festspiele, Carinthischer Sommer.

Strona polska zaprosi na swój koszt po jednym obserwatorem na Międzynarodowy Festiwal Muzyki Współczesnej „Warszawska Jesień”, Międzynarodowy Festiwal Muzyki Oratoryjnej i Kantatowej „Wratislavia Cantans”, Międzynarodowy Konkurs Pianistyczny im. Fryderyka Chopina (organizowany w Warszawie w 1995 roku), II Międzynarodowy Konkurs Wokalny im. St. Moniuszki (organizowany w Warszawie w 1995 r.) i na Międzynarodowy Konkurs Dyrygentów im. Grzegorza Fitelberga (organizowany w Katowicach w 1995 r.).

Koszty pobytu krytyków i ekspertów w wymiarze 30 dni rocznie poniesie strona przyjmująca.

Artykuł 27

Obie Strony będą zachęcać do wymiany solistów i zespołów artystycznych na zasadach komercyjnych. Do wymiany tej dojdzie tak przez odpowiednie agencje artystyczne jak również przez kontakty bezpośrednie.

Obie Strony dążyć będą zwłaszcza do umożliwienia uczestnictwa solistów i zespołów swych państw w ważnych festiwalach, organizowanych przez drugą stronę, takich jak Wratislavia Cantans, Spotkania Baletowe w Łodzi, Warszawska Jesień, Wiener Festwochen, Salzburger Festspiele i Steirischer Herbst.

Artykuł 28

Obie Strony opowiadają się za współpracą w dziedzinie sztuki ludowej i rzemiosła artystycznego, polegającą na wymianie wystaw, publikacji oraz wymianie doświadczeń między artystami i fachowcami. Obie Strony będą popierać udział zespołów folklorystycznych w festiwalach i imprezach organizowanych w drugim kraju.

Artykuł 29

Obie Strony popierać będą ścisłą i bezpośrednią współpracę Towarzystw im. F. Chopina w Wiedniu i w Warszawie, zwłaszcza regularną wymianę przedstawicieli obu Towarzystw na koncerty, prelekcje i wystawy. Wymiana ta odbywać się będzie na koszt Towarzystw.

Artykuł 30

Obie Strony popierają bezpośrednią współpracę między muzeami i galeriami oraz wymianę materiałów informacyjnych, katalogów i wystaw między muzeami i galeriami obu Państw.

Strona polska zainteresowana jest ekspozycją reprezentatywnej wystawy współczesnej sztuki polskiej w Muzeum Sztuki Nowoczesnej w Wiedniu. Strona austriacka zbada tę propozycję.

Muzeum Narodowe w Warszawie zainteresowane jest wystawą rysunków Witkacego w Graphische Sammlung Albertina. Na zasadzie wzajemności Muzeum Narodowe mogłoby zorganizować wystawę zaproponowaną przez Graphische Sammlung Albertina.

Obie Strony pochwalają współpracę Muzeum Etnograficznego w Krakowie i Muzeum Etnograficznego Schloss Kittsee, które chcą zorganizować w Kittsee wspólną wystawę sztuki ludowej z Polski południowej.

Strona austriacka zainteresowana jest zaprezentowaniem w Polsce wystawy austriackiej sztuki współczesnej. Strona polska rozważy tę propozycję.

Artykuł 31

Obie Strony opowiadają się za udziałem zespołów amatorskich, na zasadzie wzajemności, w festiwalach i imprezach organizowanych w kraju partnera.

Artykuł 32

W okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia obie Strony przyznają sobie wzajemnie po 15 dni na wymianę ekspertów w dziedzinie muzealnictwa.

Artykuł 33

Obie Strony zachęcać będą artystów swego kraju do uczestnictwa w imprezach międzynarodowych organizowanych w kraju partnera.

Artykuł 34

Obie Strony będą popierać współpracę w dziedzinie naukowej konserwacji zabytków, restaurowania dzieł sztuki i wykopalisk archeologicznych.

W okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia wymienia one ekspertów w tej dziedzinie na łączny okres do 30 dni.

Artykuł 35

Obie Strony opowiadają się za współpracą między wydawnictwami i księgarzami obu Państw w dziedzinie wymiany informacji, przekazywania sobie cennych dzieł literackich, rekomendacji odpowiednich dzieł do tłumaczenia, wydawania literackich antologii oraz za udziałem w międzynarodowych targach i wystawach książki.

W ramach tej współpracy uzgadnia się co następuje:

W okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia, Strony wymienia na okres jednego miesiąca po jednym tłumaczu literatury austriackiej i polskiej na zasadach delegowania lub zaproszenia. Strona polska na prośbę strony austriackiej rozważy możliwość przyjęcia na okres jednego miesiąca dodatkowo jednego austriackiego tłumacza literatury polskiej.

Artykuł 36

Strony popierają bezpośrednią współpracę oraz wymianę publikacji i informacji między Austriacką Biblioteką Narodową i Biblioteką Narodową w Warszawie oraz między innymi bibliotekami obu Państw.

Obie Strony zainteresowane są nawiązaniem współpracy między Stowarzyszeniem Bibliotekarek i Bibliotekarzy Austriackich i Stowarzyszeniem Bibliotekarzy Polskich.

W okresie obowiązywania niniejszego Porozumienia obie Strony wymienia bibliotekarzy na łączny okres 20 dni dla każdej Strony.

Artykuł 37

Obie Strony popierają współpracę w dziedzinie filmu i przewidują zwłaszcza:

- a) prezentację swoich filmów na międzynarodowych festiwalach filmowych organizowanych przez drugą Stronę;
- b) popieranie bezpośrednich kontaktów między filmowcami, zespołami filmowymi i właściwymi instytucjami obu Państw z dziedziny filmu;
- c) rozważenie możliwości współpracy przy produkcji filmów dokumentalnych i współpracy w ramach Europejskiego Funduszu Koprodukcji „Eurimages“;
- d) zorganizowanie Dni Filmu Austriackiego i Dni Filmu Polskiego w kraju partnera;
- e) zachęcanie do wzajemnej koprodukcji filmowej na podstawie Porozumienia Rady Europy o koprodukcji filmowej, po jego ratyfikacji przez Polskę i Austrię.

Artykuł 38

Obie Strony popierają wymianę doświadczeń w zakresie działalności domów kultury i ośrodków kulturalnych w dziedzinie wychowania artystycznego i animacji kulturalnej.

W czasie obowiązywania niniejszego Porozumienia Strony wymienia dwóch ekspertów na łączny okres 14 dni.

Artykuł 39

Obie Strony opowiadają się za bezpośrednimi kontaktami między kompozytorami, pisarzami i artystami plastykami obu Państw.

Obie Strony popierają bezpośrednią współpracę i wymianę twórców-artystów w oparciu o porozumienia zawarte między właściwymi stowarzyszeniami.

Artykuł 40

Obie Strony wymienia, na warunkach delegowania lub zaproszenia, ekspertów w celu przebadania problemów życia kulturalnego w kraju partnera.

Łączny okres pobytu u każdej ze Stron wynosić będzie do 45 dni.

Artykuł 41

Obie Strony są zainteresowane rozwojem i pogłębianiem uzgodnionej w niniejszym Porozumieniu działalności kulturalnej, poprzez współpracę austriackich krajów związkowych z polskimi województwami i z regionalnymi organizacjami kulturalnymi.

Artykuł 42

Obie Strony będą popierać współpracę w dziedzinie ochrony dóbr kultury.

Artykuł 43

W miarę swoich możliwości, obie Strony będą udzielały poparcia inicjatywom i projektom kulturalnym państw Inicjatywy Środkowo-Europejskiej.

IV. INSTYTUTY KULTURY**Artykuł 44**

W związku ze szczególnym znaczeniem dla austriacko-polskiej współpracy kulturalnej i naukowej Austriackiego Instytutu Kultury w Warszawie i Instytutu Polskiego w Wiedniu, obie Strony nadal udzielać będą niezbędnej pomocy w ich działalności.

V. ŚRODKI MASOWEGO PRZEKAZU**Artykuł 45**

Obie Strony wyrażają zadowolenie z bezpośrednich kontaktów i współpracy między redakcjami i właściwymi instytucjami prasowymi.

Artykuł 46

Obie Strony będą popierać rozwój bezpośredniej współpracy między radiofoniami i telewizjami obu Państw.

Artykuł 47

Obie Strony popierają bezpośrednią współpracę między Stowarzyszeniem Dziennikarzy Austriackich i stowarzyszeniami dziennikarzy w Rzeczypospolitej Polskiej.

VI. INNE DZIEDZINY WSPÓŁPRACY**Artykuł 48**

Obie Strony będą zachęcać do bezpośredniej współpracy w dziedzinie archiwów, w szczególności między Austriackim Archiwum Państwowym i Naczelną Dyrekcją Archiwów Państwowych Rzeczypospolitej Polskiej, zwłaszcza w zakresie wymiany ekspertów, informacji o metodach badań, literatury fachowej i mikrofilmów — na zasadzie wzajemności.

Artykuł 49

Obie Strony będą zachęcać architektów obu Państw do bezpośrednich kontaktów. Popierają one bezpośrednią współpracę między austriackimi stowarzyszeniami architektów i Stowarzyszeniem Architektów Polskich — SARP.

Wymiana architektów odbywać się będzie na podstawie bezpośrednich porozumień między tymi stowarzyszeniami.

Artykuł 50

Obie Strony popierają rozwój współpracy w dziedzinie sportu.

Artykuł 51

W przekonaniu, że kształtowanie stosunków między obu Państwami zależy będzie w przyszłości od wzajemnego zrozumienia i aktywnego w nich udziału młodego pokolenia, obie Strony opowiadają się za wymianą młodzieży obydwu Państw.

VII. POSTANOWIENIA OGÓLNE I FINANSOWE**Artykuł 52**

Obie Strony umożliwią realizację zaproszeń wynikających z treści niniejszego Porozumienia.

Kontakty i zaproszenia naukowców, osobistości życia kulturalnego, artystów i specjalistów na kongresy, festiwale lub inne imprezy z udziałem międzynarodowym wspierane będą w miarę możliwości finansowych.

Artykuł 53

Obie Strony prześlą drogą dyplomatyczną nazwiska i dane dotyczące wykształcenia, funkcji i znajomości języków obcych osób delegowanych oraz ich życzenia związane z programem wizyty, przynajmniej na trzy miesiące przed rozpoczęciem podróży, a dane dotyczące daty przybycia przynajmniej na dziesięć dni wcześniej.

Artykuł 54

Strona wysyłająca prześle drogą dyplomatyczną najpóźniej trzy miesiące przed uzyskaniem stypendium nazwisko kandydata, dane dotyczące jego wykształcenia, funkcji zawodowej, specjalności, planów studyjnych lub badawczych i znajomości języków obcych.

Artykuł 55

Wymiana osobowa przewidziana w niniejszym Porozumieniu odbywa się na następujących warunkach:

- a) strona delegująca ponosi koszty podróży tam i z powrotem do i od pierwszego miejsca przeznaczenia;
- b) strona przyjmująca ponosi koszty pobytu, koszty podróży po kraju związane z programem wizyty i zapewnia bezpłatną opiekę medyczną (z wyjątkiem protez dentystycznych i leczenia chorób chronicznych).

Artykuł 56

Obie Strony wyrażają gotowość do okresowej rewaloryzacji stawek stypendialnych i innych świadczeń finansowych.

Warunki finansowe i organizacyjne pobytu osób wymienionych w ramach niniejszego Porozumienia zgodne będą z odpowiednimi wewnętrznymi przepisami obowiązującymi w każdym z Państw.

Obie Strony będą informować się niezwłocznie drogą dyplomatyczną o poczynionych przez nie zmianach warunków finansowych.

Artykuł 57

Obie Strony przyznają lektorom zgodnie z artykułem 8 pensję miesięczną wraz z ewentualnymi dodatkami i ulgami zgodnie z obowiązującymi przepisami.

Artykuł 58

Warunki wymiany wystaw zgodnie z artykułem 30 ustalane będą każdorazowo drogą dyplomatyczną.

Artykuł 59

Niniejsze Porozumienie wchodzi w życie pierwszego dnia trzeciego miesiąca następującego po miesiącu, w którym Porozumienie zostało

podpisane i pozostaje w mocy do dnia 31 grudnia 1996 roku.

O ile niniejsze Porozumienie nie zostanie wypowiedziane notą dyplomatyczną na 60 dni przed upływem jego ważności, to będzie obowiązywać nadal aż do wejścia w życie przyszłego Porozumienia, ale nie dłużej niż do 31 grudnia 1999 roku.

Artykuł 60

Niniejsze Porozumienie przestanie obowiązywać bez wypowiedzenia w momencie utraty mocy obowiązującej Umowy zawartej między Republiką Austrii a Polską Rzeczpospolitą Ludową o Współpracy Kulturalnej i Naukowej z dnia 14 czerwca 1972 r.

Artykuł 61

Wraz z wejściem w życie niniejszego Porozumienia traci moc obowiązujące Porozumienie między Federalnym Rządem Austriackim i Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o współpracy kulturalnej i naukowej, podpisane w Wiedniu w dniu 6 listopada 1989 roku.

Sporządzono w Wiedniu, dnia 13 lipca 1994 r. w dwóch oryginałach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Z UPOWAŻNIENIA AUSTRIACKIEGO
RZĄDU FEDERALNEGO:

Marboe m. p.

Z UPOWAŻNIENIA RZĄDU RZECZYPO-
SPOLITEJ POLSKIEJ:

Bartoszewski m. p.

Das Übereinkommen tritt gemäß seinem Art. 59 mit 1. Oktober 1994 in Kraft.

Vranitzky